Stadtzeitung der
Deutschen Kommunistischen Partei
Mörfelden

blick punkt

Nr. 82 · Oktober 1977

Ab 1. Januar 1978

Fahrpreiserhöhung

Mit der lapidaren Bemerkung: „Da kann man nichts machen, alles wird teurer", könnte man zur Tagesordnung übergehen. Doch sind die Gründe, die gegen eine Fahrpreiserhöhung sprechen, schwerwiegend. Die Erhöhung, die die Masse der „kleinen Bürger" besonders hart trifft, beläuft sich auf „nur" 9,2 Prozent für Einzelfahrscheine und auf 22,6 Prozent für Wertmarken. Vom Bahnhof Mörfelden nach Frankfurt wird die „kleine Monatskarte" von bisher 53,– auf 65,– DM steigen, die „große Monatskarte" von 62,50 auf 76,– DM.

Seit Jahrzehnten wird in der Bundesrepublik eine konzeptionslose Verkehrspolitik betrieben, wobei der Vorrang dem Individualverkehr vor dem öffentlichen Nahverkehr gegeben wird. Die Auswirkungen sind bekannt: Verstopfte Straßen, Lärm, Gestank und eine allzusehr vom Auto abhängige Industrie. Volksvermögen wird so verschleudert, weil einige wenige Großkonzerne bessere Gewinne mit dieser Art Verkehrspolitik erzielen. (Opel in Rüsselsheim hat allein in diesem Jahr 911 Millionen DM an die amerikanischen Aktionäre überwiesen!).

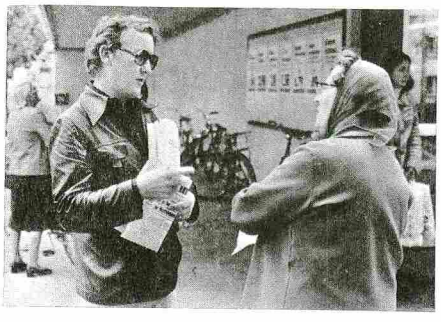
Dabei könnte ein attraktives Nah- und Fernverkehrsnetz durchaus existenzfähig sein. Zieht man die Ausbau- und Unterhaltungskosten der Bahn und die Zinsbelastungen durch diese vom jährlichen Defizit der Bundesbahn ab, so ergibt sich ein recht annehmbares betriebswirtschaftliches Bild. Schließlich brauchen die Neubau- und Unterhaltskosten von den Verkehrskonkurrenten Auto und Schiffahrt, auch nicht in die Tarife einkalkuliert zu werden. Mit einem attraktiven Nahverkehr in unserem Ballungsgebiet, darunter sollte man eine dichte Zugfolge und billige Tarife verstehen, würden die Straßen entlastet, die Luft reiner, die Unfallzahlen würden sinken.

Die Kaufhäuser, die Betriebe, sie alle profitieren am Nahverkehr. Sie sollten auch ihren Beitrag zu diesem leisten, denn die Nahverkehrsmittel bringen die meisten Beschäftigten zu den Betrieben und die meisten Kunden zu den Geschäften.

Die Bürger haben noch nie so viel Steuern bezahlt wie gegenwärtig, doch die Städte und Gemeinden hatten noch nie so einen geringen Anteil am Steueraufkommen. Es wäre doch an der Zeit, daß die Kommunen einen höheren Anteil am Steueraufkommen erhielten für ihre stets wachsenden Aufgaben. Doch diese sind nur zu erreichen, wenn sie in Zukunft stärker gegen ihre mißliche Lage protestieren, wenn sie nicht den einfacheren Weg über Gebühren- und Abgabenerhöhungen gehen, die der arbeitenden Bevölkerung die Lasten falscher Politik auflädt. Es wird endlich Zeit, daß eine Politik im Interesse der Arbeiter und Angestellten eingeleitet wird.

Die Tariferhöhung im FVV sei deshalb so hoch ausgefallen, weil schon zweieinhalb Jahre keine Anhebung mehr stattfand. So drückte sich der CDU-Oberbürgermeister von Frankfurt, Wallmann, aus und fügte hinzu, daß ihm jährliche Erhöhungen lieber seien. Da entlarven sie sich wieder allzu deutlich, die „Superchristen", die dem Volk die finanziellen Lasten der Krise aufladen. Besser jährliche Erhöhungen, die werden vom „dummen kleinen Mann" protestlos hingenommen, so werden sie sich gedacht haben. Was würden diese Herrschaften sagen, wenn die nächste Lohnforderung 22 Prozent lauten würde? Diese und andere werten Herren vertreten in den Parlamenten schon lange die Meinung, daß kostendeckende Gebühren und Abgaben anzustreben seien. Allerdings müssen sie sich dann auch fragen lassen, wofür dann noch Steuern bezahlt werden.

Rudolf Dötsch



Samstags auf dem Rathausplatz in Mörfelden. Hier gibt es den neuesten „blickpunkt" und die UZ, die Tageszeitung der DKP.
Die DKP-Stadtverordneten sind ebenfalls dort zu finden. Sie sind dankbar, kommunalpolitische Hinweise und Anregungen aus der Bevölkerung zu erhalten.

Sowjetische Professorin spricht in Mörfelden

Prof. Dr. Margerita Bunkina von der Moskauer Lomonossow-Universität spricht zum „60. Jahrestag der Oktoberrevolution" auf einer öffentlichen Mitgliederversammlung der DKP am 26. Oktober 1977 im Bürgerhaus Mörfelden.

Zum Vortrag und zur Diskussion sind alle Einwohner herzlich eingeladen.

Ist der Lungenkrebs im Kreis Groß-Gerau auf dem Vormarsch?

In diesen Tagen wurden die Luftuntersuchungsergebnisse der „Hessischen Landesanstalt für Umwelt" veröffentlicht. Dabei wurde bekannt, daß besonders der nördliche Teil des Kreises Groß-Gerau zu den am stärksten belasteten Gebieten Hessens zählt. Besonders in Raunheim sei es oft „fünf Minuten vor zwölf".
DKP-Stadtverordneter Rudi Hechler schrieb daraufhin an das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt, an das Sozialministerium und an das Gesundheitsamt Groß-Gerau. Von Umweltminister Görlach wurden folgende Auskünfte verlangt:

1. *Wie hat sich die Luftverschmutzung im Gebiet Untermain im letzten Jahrzehnt entwickelt?*
   Gibt es Hinweise, daß die Verschmutzung auch heute noch zunimmt?
2. *Welchen Anteil an der Luftverschmutzung hat im Untermain-Gebiet die Industrie (insbesondere die Chemie-Industrie)?*
3. *Welche Chancen sieht Ihr Ministerium, die Schadstoffkonzentrationen der Luft abzubauen und in welchem Zeitraum könnte dies geschehen?*
4. *Unter welchen Bedingungen würde ein Smog-Alarm am Untermain ausgelöst und welche Maßnahmen sind dann vorgesehen?*

Im Brief an Sozialminister Arnim Clauss hieß es u.a.:

Bei der Röntgen-Reihenuntersuchung, die im Juni / Juli des Jahres im Kreis Groß-Gerau durchgeführt wurde und bei der jeder dritte Einwohner ab dem 14. Lebensjahr erfaßt werden konnte, wurden bei 52.927 untersuchten Personen 1.073 Befunde festgestellt. Dabei waren 735 Personen mit nichttuberkulösen Lungenerkrankungen.
Der nördliche Teil des Kreises Groß-Gerau (Kelsterbach, Raunheim, Rüsselsheim) gehört nach Aussagen der „Hessischen Landesanstalt für Umwelt" zu den vier Stellen in Hessen, wo die Schadstoffkonzentrationen in der Luft am höchsten sind. Besonders in Raunheim wurden oft die Grenzwerte überschritten.
Die Ergebnisse der Röntgen-Untersuchungen und die bereits bekannten Grenzwerte der Luftverschmutzung in unserem Kreis sind Anlaß, folgende Fragen an Sie zu richten:

1. *Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen der starken Luftverschmutzung und der Zahl der Erkrankungen?*
2. *Sind Sie in der Lage, uns Vergleichszahlen über die Häufigkeit von Lungenerkrankungen in Landkreisen mit geringer Luftverschmutzung zu nennen?*
3. *Sind aus unserem Kreis statistische Zahlen über andere Erkrankungen der Atmungswege bekannt?*
   Liegen hierzu Vergleichszahlen zu anderen Kreisen vor?
4. *Gibt es statistische Zahlen über an Rachitis erkrankte Säuglinge aus unserem Kreis? Liegen sie durch die hier sehr oft herrschende Dunst- und Staubglocke höher als in anderen „unbelasteten" Kreisen?*

Vom Gesundheitsamt in Groß-Gerau wurden vor allem statistische Vergleichszahlen aus früheren Reihenuntersuchungen angefordert.
Die DKP sieht einen engen Zusammenhang zwischen der überdurchschnittlich hohen Zahl der Erkrankungen der Atemwege in unserem Gebiet und der Massierung der chemischen Industrie. Wegen seiner Beckenlage ist das windarme Rhein-Main-Gebiet durch Abgase der Großindustrie besonders gefährdet.
Der „blickpunkt" wird über die Antworten der angeschriebenen Behörden weiter berichten.

Traditionelles Grillfest der DKP auf dem Mörfelder Grillplatz. Trotz kalter Witterung kamen über 200 Besucher. Wie in den vergangenen Jahren gab es Stimmung, Bier vom Faß, Kaffee und Kuchen und Spaß für die Kinder. Große Freude und Anstrengung für die Teilnehmer machte der Fünf-Kilometer-Lauf, die „Rote-Schlichter-Meile". Der Diskussion stellten sich zur Verfügung: DKP-Stadtverordnete und Opel-Betriebsräte aus Rüsselsheim und Bochum.

Die Rechtsentwicklung muß gestoppt werden!

Die DKP hat wie andere politische Parteien und Gruppen zu dem Terroranschlag von Köln klar Stellung genommen. Sie hat das Attentat als verwerflich verurteilt, gleichzeitig vor der Verschärfung polizeistaatlicher Maßnahmen gewarnt.
Davon stand in den Zeitungen kein Wort. Kein Wort im Fernsehen. Kein Wort im Rundfunk. Die oft als „links" angesehene „Frankfurter Rundschau" lehnte es sogar ab, die Stellungnahme der DKP als Anzeige zu veröffentlichen. Warum wohl?
Weil die Terroranschläge von Abenteurern, die mit der Arbeiterklasse und ihrem Kampf, mit den Arbeiterorganisationen und mit uns nicht das Geringste zu tun haben — weil dieser Terror gegen die Linkskräfte und andere dekratische Bewegungen ausgeschlachtet werden sollen. Und was in diese Absicht nicht paßt, wird totgeschwiegen.
Herbert Mies, Vorsitzender der DKP, gab zu den Ereignissen ein Interview, aus dem wir einige Auszüge abdrucken.

Wie kaum ein anderes Ereignis haben der Kölner Überfall und die Entführung des Unternehmerpräsidenten Schleyer das innenpolitische Geschehen der Bundesrepublik in den letzten Wochen beherrscht.
In diesen Tagen sehen sich zahlreiche gesellschaftliche Kräfte mit Recht zu der Frage veranlaßt: Wohin treibt die Bundesrepublik?
Mit der antidemokratischen Hysterie sollen die arbeitenden Menschen von einer Politik der Abwälzung der Krisenlasten, soll die demokratische Öffentlichkeit des In- und Auslandes von der besorgniserregenden Belebung revanchistischer, neofaschistischer Aktionen, vom Kappler-Skandal, von den Berufsverboten, vom Ja zur Neutronenbombe, von der Kumpanei der Herrschenden mit der chilenischen Diktatur, von der Tatsache abgelenkt werden, daß die Gefahren für eine demokratische Entwicklung im Innern der Bundesrepublik und für eine nach außen friedliche Bundesrepublik nicht von links, sondern von der äußersten Rechten ausgehen. Mit dieser Hysterie soll der Boden für die weitere Einschränkung demokratischer Freiheits- und Grundrechte bereitet und neue Attacken gegen die DKP, gegen alle linken, gegen alle demokratischen Kräfte und auch gegen die Befürworter einer realistischen, auf Entspannung orientierten Außenpolitik eingeleitet werden.

Das Großkapital will die Pferde wechseln

Wenn auch nicht so vordergründig und direkt, so möchten doch einflußreiche Teile des Groß- und Rüstungskapitals die Situation nutzen, um einer anderen Regierungskoalition den Weg zu bereiten. Denn bei aller Übereinstimmung in Grundfragen zeigen sich doch in Bonn unterschiedliche Meinungen und Positionen über Formen und Methoden der Ausübung großkapitalistischer Macht.
Die DKP hat den Kölner Überfall und die Entführung von Schleyer als verwerflichen Akt, als das Werk von Abenteurern, die mit der Arbeiterbewegung und dem notwendigen politischen Kampf für die sozialen und demokratischen Rechte der arbeitenden Menschen nicht das Geringste zu tun haben, verurteilt. Das ist kein taktischer, sondern ein grundsätzlicher Standpunkt. Terrorismus hat mit dem Kampf der kommunistischen und Arbeiterbewegung nichts zu tun. Terror und Mordanschläge aber gehören zu dem verfaulenden und untergehenden imperialistischen System. Ich erinnere hier nur an die barbarischen Verbrechen der USA in Vietnam, an die Morde an dem amerikanischen Präsidenten Kennedy, an Pastor Martin Luther King, an die berüchtigten Methoden des amerikanischen Geheimdienstes CIA, der bekanntlich vor keiner Schandtat zurückschreckt.
Ist es angesichts dieser Tatsachen denn nicht gerechtfertigt, sich die Frage zu stellen: Kann nicht hinter den jüngsten Terroranschlägen in unserem Lande auch eine Verschwörung der am weitesten rechts angesiedelten Kräfte stehen, die sich Abenteurer bedienen?

Die Massen machen Geschichte

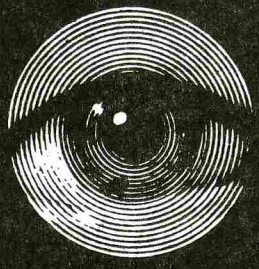
Unsere Partei führt einen politischen Kampf. Wir führen ihn auf dem Boden der demokratischen Prinzipien des Grundgesetzes. Wir wollen den Einfluß der DKP in der Arbeiterklasse und der jungen Generation vergrößern. Wir wirken dafür, daß die arbeitenden Menschen durch ihr aktives Handeln ihre Interessen zur Geltung bringen. Die Orientierung auf Massenaktionen, Masseninitiativen ist bei uns Grundsatz. Schließlich sind es die Massen, die die Geschichte machen, und nicht abenteuerliche Einzelaktionen.
Wir lassen uns nicht beirren. Unsere Politik und Praxis ist demokratisch. Sie dient dem arbeitenden Volk, seinem Recht auf Arbeit und soziale Sicherheit, seinem Recht auf Frieden, Freiheit und gesellschaftlichen Fortschritt. Das werden wir auch künftig deutlich machen. Wir werden uns noch stärker um die Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten, um das Bündnis aller demokratischen Kräfte zur Verteidigung der demokratischen und sozialen Grundrechte und für eine Politik der Fortsetzung der Entspannung und für Abrüstung bemühen.

★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★

Runter mit der Rüstung!

„Abrüsten — Den Frieden sichern — Nein zur Neutronenbombe", hieß das Motto, das die Ortsgruppe der VVN-Bund der Antifaschisten, anläßlich des Weltfriedenstages (Antikriegstag) durchführte.
Die beiden Redner, Willi van Ooyen (DFG/VK) und Prof. Dr. Jürgen Redhardt forderten eine klare Absage der Bundesregierung zum Bau der Neutronenbombe. In einem Offenen Brief an den Bundesverteidigungsminister Leber forderten die Teilnehmer dieser Veranstaltung: „Herr Minister Leber, tragen Sie dazu bei, daß wir in Frieden leben können. Sagen Sie nein zur Neutronen-Bombe und zu den anderen neuen Waffensystemen und nein zum Rüstungswahnsinn."

BLICKPUNKT KOMMUNAL



Der Tod im Oberwald geht uns alle an!

Im September protestierten Bürger aus Mörfelden und Walldorf gegen das amerikanische Atom-Bombenlager im Oberwald. Die DKP-Fraktion im Stadtparlament forderte jetzt auch Protestschritte des Magistrats. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, bei den entsprechenden Stellen die Auflösung des US-Munitionslagers im Oberwald zu fordern. Der Magistrat berichtet über seine Maßnahmen und über eventuelle Antworten jeweils unverzüglich der Stadtverordnetenversammlung.

BEGRÜNDUNG:

Am 22. Dezember 1970 nahm die Stadtverordnetenversammlung von Mörfelden folgenden Antrag der ehemaligen SDO-Fraktion einstimmig an: „Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Mörfelden fordert die Auflösung des zwischen Mörfelden und Langen nördlich der B 486 gelegenen Munitionslagers. Sie sieht im Vorhandensein derartiger Einrichtungen in einem Ballungsraum in der Nähe unserer Stadt eine akute Gefahr für die Bevölkerung."
Wir sind der Meinung, daß die Forderung aus dem Jahre 1970 heute noch aktuell ist und erneut gestellt werden sollte. Alle verantwortlichen Stellen hatten es damals abgelehnt, die Frage zu beantworten, ob in diesem Lager atomare, bakteriologische oder chemische Massenvernichtungsmittel lagern. Die Lagerung solcher Waffen in Ballungsgebieten bedeutet schon in Friedenszeiten eine große Gefahr für die Bevölkerung. Sollte die Serienproduktion der Neutronenbombe tatsächlich erfolgen, dann würde mit großer Wahrscheinlichkeit auch diese neue Schreckenswaffe in der Nähe der US-Air-Base, also in diesem Depot, gelagert.
Wenn solche Proteste entschlossen und gemeinsam mit den Anliegerstädten vorgetragen werden, dann sind durchaus Erfolge möglich. Beispielhaft ist hier der jahrelange Kampf der Kreisbehörden gegen die NATO-Straße durch die „Kühkopf-Knoblochsaue", bei dem sich erste Fortschritte abzeichnen.

Selbstverständliche soziale Einrichtungen schaffen!

Die DKP-Fraktion im Stadtparlament Mörfelden-Walldorf hat sich auf einer Arbeitstagung mit den Problemen berufstätiger Mütter befaßt.
Als Ergebnis der Diskussion wurden auf der Grundlage des DKP-Kommunalwahl-Programms folgende Anträge an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet:

KINDERKRIPPE

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Der Magistrat wird beauftrag, zu prüfen, wieviele Familien oder alleinstehende Mütter einen Kinderkrippenplatz in Anspruch nehmen würden.

BEGRÜNDUNG:

Mit der Einrichtung einer Kinderkrippe, die in vielen Ländern zu einer selbstverständlichen sozialen Einrichtung zählt, wäre berufstätigen Frauen mit Kleinkindern, die noch keinen Kindergarten besuchen können, sehr geholfen.

KINDERTAGESSTÄTTE

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
In Mörfelden und Walldorf wird je ein städtischer Kindergarten in eine Kindertagesstätte umgewandelt.

BEGRÜNDUNG

Das Kindergartenplatzproblem ist in Mörfelden und Walldorf nicht mehr so aktuell, wie es noch vor einigen Jahren war. Inzwischen können die meisten der vierjährigen Kinder in Kindergärten, zum Teil jedoch nur halbtags, aufgenommen werden.
Es fehlt aber noch immer an je einer Kindertagesstätte in Mörfelden und Walldorf.
In einem der städtischen Kindergärten in Mörfelden besteht zwar seit einem Jahr eine Ganztagsgruppe, deren Kapazität zwar für sehr dringende Fälle ausreicht, die aber den tatsächlichen Bedarf nicht deckt. Durch die Einrichtung einer Kindertagesstätte in Mörfelden-Walldorf könnten die Aufnahmekriterien, die zur Zeit für die ganztägige Unterbringung eines Kindes bestehen, großzügiger gehandhabt werden, so daß jede berufstätige Mutter diese Einrichtung in Anspruch nehmen kann.

KINDERHORT

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In Mörfelden und in Walldorf wird spätestens bis zum Beginn des Schuljahres 1978 ein Kinderhort für Grundschulkinder eingerichtet. Entsprechende Haushaltsmittel sind im Haushaltsplan 1978 einzuplanen.

BEGRÜNDUNG:

Mit Beginn des Schuljahres 1977 wurden wir mehrmals darauf hingewiesen, daß berufstätige Frauen in Mörfelden-Walldorf keine Möglichkeit haben, ihre schulpflichtigen Kinder in einer geeigneten pädagogischen Institution unterzubringen. Sie sind darauf angewiesen, entweder Verwandte in Anspruch zu nehmen oder die Kinder in eine Pflegefamilie zu geben, was sich die meisten aus finanziellen Gründen nicht leisten können, oder die Kinder sich selbst zu überlassen. Da sich vor allem letzteres nachteilig auf das Verhalten und die schulischen Leistungen der Kinder auswirkt, ist es dringend notwendig, in Mörfelden und Walldorf einen Kinderhort einzurichten.
Als Übergangslösung könnte z.B. in Mörfelden und Walldorf eine Nachmittagsbetreuung für die Kinder berufstätiger Mütter mit Hausaufgabenhilfe und sinnvoller Freizeitgestaltung eingerichtet werden.
Die Stadt Dietzenbach hat in diesen Tagen einen Hort eingerichtet. Zu den anfallenden Kosten erhielt sie einen Landeszuschuß von 40 Prozent. Wir weisen aus aktuellem Anlaß darauf hin und schlagen vor, daß sich der zuständige Ausschuß über die Erfahrungen in Dietzenbach informiert.

Die Arbeit des Heimatvereins Mörfelden muß unterstützt werden!

Im Dezember 1976 wurde ein DKP-Antrag zur Errichtung eines Heimatmuseums in der Stadtverordnetenversammlung Mörfelden angenommen. Anfang September 1977 forderte der Heimatverein und der BvD in einem Schreiben die Überlassung von städtischen Räumlichkeiten für ein solches Heimatmuseum.
In einem Antrag vom 16. September unterstützt die DKP-Fraktion diesen Wunsch: Der DKP-Antrag hat folgenden Wortlaut:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Dem Wunsch des „Heimatvereins Mörfelden e.V." und des „BvD" zur Einrichtung eines Heimatmuseums im alten Bauhof wird stattgegeben.

BEGRÜNDUNG:

Bereits im November vergangenen Jahres hatte die DKP-Fraktion Mörfelden beantragt, ein Heimatmuseum einzurichten. Dieser Antrag wurde auf der Stadtverordnetensitzung am 14. Dezember 1976 in modifizierter Form angenommen. Die Stadt Mörfelden verpflichtete sich damals, die Einrichtung eines Heimatmuseums zu unterstützen und Räumlichkeiten hierfür zur Verfügung zu stellen. Die gemeinnützige Arbeit des „Heimatvereins Mörfelden e.V." ist besonders nach der von der Bevölkerung nicht gewünschten Fusion von Mörfelden und Walldorf, ausreichend zu unterstützen.

Sicher haben Sie schon bei manchem Problem gedacht, „. . . das müßte in den ‚blickpunkt' " — und dann ging es doch wieder vergessen.

Das muß nicht sein. Schreiben Sie uns, wenn Sie Vorschläge machen wollen, schreiben Sie uns, wenn Sie wollen, daß „Ihr" Problem an die Öffentlichkeit soll. Wir drucken Ihre Hinweise ab — mit Namen oder ohne Namen — ganz, wie Sie es wünschen.

CDU-Angriff auf das Jugendzentrum in Mörfelden wurde zurückgewiesen

„Verlaust das Jugendzentrum? ", in der Heimatzeitung war die Frage so gestellt. Im Freitags-Anzeiger „Regnet es Stühle vom Dach? ". Zu verdanken haben die Jugendlichen diese Attacken dem CDU-Stadtverordneten Hans-Jürgen Kremser.
Waren die Vorwürfe der CDU berechtigt — oder waren sie Verleumdungen und schlimme Meinungsmache gegen das Jugendzentrum? Das wollen wir untersuchen.

Zunächst: Sicher gibt es im Mörfelder Jugendzentrum auch Schwierigkeiten. Sicher gibt es auch manchmal Dreck. Man darf aber nicht nur die Flaschen und Zigarettenschachteln sehen, die ab und zu auf dem Friedhofsweg liegen, sondern man muß vor allem beachten, was im Jugendzentrum für die Jugend getan wird.
Die Mörfelder Jugendlichen haben jetzt, schon fast genau zwei Jahre, einen Platz, wo sie keine teuren Getränke kaufen müssen, sich zwanglos bewegen können und ihren Spaß haben.
Wenn nach einer großen Musikveranstaltung auch Dreck entsteht, ist das zwar nicht mehr so sauber wie „in der guten Stube", aber kaum zu vermeiden. Immerhin sind bei solchen Veranstaltungen zirka 250 bis 300 Leute da (beiläufig: wie sieht es nach großen Maskenbällen aus?).

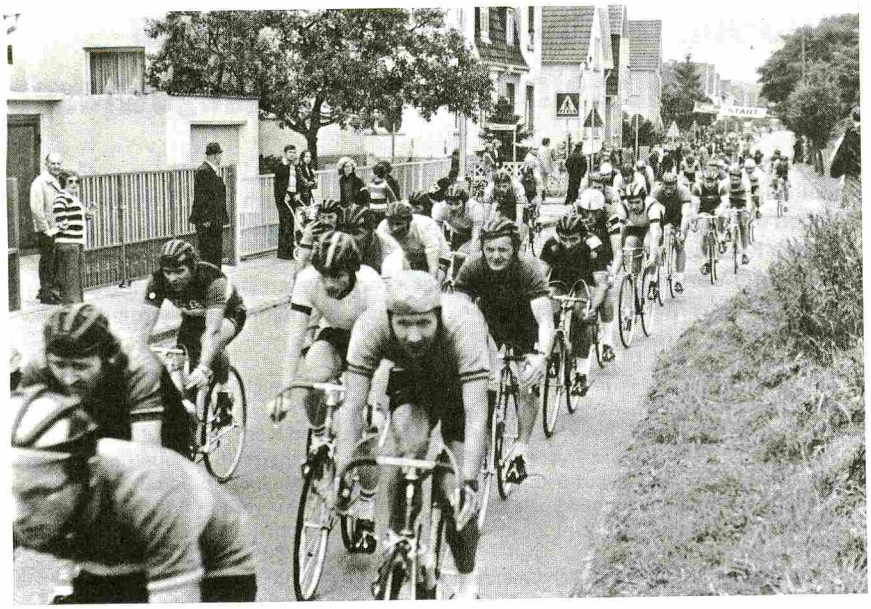
Mitglieder der SDAJ-Mörfelden überreichten dem CDU-Stadtverordneten Kremser unter starkem Beifall der zahlreich anwesenden Jugendlichen im Jugendzentrum Mörfelden die „Goldene Laus".

Dieses Problem wird aber im Jugendzentrum zusammen mit anderen Fragen ständig diskutiert und nicht übergangen. Deshalb von „Vandalismus" zu sprechen, ist im Grunde unerhört. Stadtjugendpflege, Verwaltungsgremium und viele Jugendliche sind daran interessiert, daß „im Jugendzentrum etwas läuft", daß die Jugendlichen eine sinnvolle Freizeit verbringen können.
Die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend Mörfelden (SDAJ) verteilte zu den CDU-Vorwürfen Flugblätter, in denen es hieß: „Was soll die Kremser-Anspielung auf einige spektakuläre Zwischenfälle in der Umgebung. Es ist zwar nicht abzustreiten, daß verschiedene Jugendzentren in der Umgegend wegen den verschiedensten Vorkommnissen geschlossen wurden. Bei uns ging es jedenfalls bis jetzt immer friedlich zu.
Und wenn nachts eingebrochen wird, und einiges zu Bruch geht, dann können die Besucher wenig dazu.
Kremser möchte ‚das für teures Geld hingestellte Jugendzentrum vor dem Verfall bewahren'. Wir auch — deswegen muß man aber noch darauf hinweisen, daß die meisten Schäden und Kosten durch die Reperaturen einer mangelhaften Bauweise (indem sich Deckenplatten lockern und Bodenleisten umfallen, wenn man mit dem Besen dagegenkommt) entstehen und nicht durch die jugendlichen Besucher.
Es ist notwendig, daß dem JZ geholfen wird, daß man ihm Vertrauen entgegen bringt.
Wir haben die Probleme diskutiert und machen folgende Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit im Jugendzentrum:

1. Anfallende Reparaturen müssen immer gleich beseitigt werden, damit keine weiteren Schäden entstehen können. (Einbruchschäden warten zum Teil monatelang auf Beseitigung.)
2. Grobe bauliche Mängel sollten beseitigt werden.
   a. Viele der Jalousien zwischen den Fenstern funktionieren seit Aufbau nicht.
   b. Viele Fenster haben Konstruktionsfehler und sind verzogen.
   c. Die Glas-Eingangstüren sollten durch stabile Türen ersetzt werden.
3. Es muß gewährleistet sein, daß zu den regulären Öffnungszeiten immer eine pädagogische Kraft da ist."

Während einer Sitzung des Sozialausschusses der Stadtverordnetenversammlung im Jugendzentrum wurden die CDU-Vorwürfe von SPD- und DKP-Vertretern, der Jugendpflegerin und den Jugendlichen entschieden zurückgewiesen. Die CDU erlitt eine Schlappe.
Die CDU „als Träger fortschrittlicher Jugendpolitik", das nimmt ihnen in Mörfelden kein Jugendlicher ab.
Die beste Schminke kann nicht verdecken, daß die CDU dort, wo sie eine Mehrheit im Stadtparlament hat, alles daran setzt, Ansätze

einer Selbstverwaltung zu sabotieren oder sie gar rückgängig zu machen.
Die DKP-Vertreter erklärten auf der Ausschußsitzung: „Allzuleicht kann durch leichtfertige Behauptungen in der Öffentlichkeit eine falsche Meinung erzeugt werden.
Was wir brauchen ist: Daß die Eltern und alle Bürger der Stadt Verständnis für das Jugendzentrum aufbringen. Schließlich ist hier eine ganze Menge geleistet worden. Die Investitionen der Stadt für diese Einrichtung haben sich gelohnt."



Eine alte Tradition ist zumindest für die nächsten Jahre in Mörfelden zu Ende gegangen. Das 25. Dreiecksrennen war zugleich für absehbare Zeit das Letzte gewesen.
Insgesamt 114 Fahrer gingen bei diesem Rennen an den Start, darunter auch seit vielen Jahren endlich wieder einmal ein Fahrer aus Mörfelden, nämlich mit der Rückennummer 31, Ernst Liese.
Nach den 50 Runden durch den altbekannten Kurs Ring – Bahnhof und Westendstraße, siegte der Bellheimer K. Sohl vor B. Podesta aus Wiesbaden und L. Eigner aus Babenhausen.
Viele Radsportfreunde, nicht nur aus Mörfelden, hoffen jedoch, daß es bald wieder zu einem neuen Beginn im Mörfelder Radsport mit gleicher überregionaler Bedeutung kommen wird.

Das Hin und Her hat die Steuerzahler bereits Hunderttausende gekostet

Zu dem Gerangel um den Namen unserer Stadt gab die Bürgerinitiative „Mörfelden bleibt!" eine Erklärung ab, in der es u.a. heißt:

„In den vergangenen Tagen konnte man aus der Presse unter der Überschrift ‚Chancen für Doppelnamen wachsen' entnehmen, daß durch den Landtag in Wiesbaden die Petition zugunsten des neuen Namens ‚Waldfelden' abgelehnt wurde. Offensichtlich gibt es in der SPD–Fraktion jetzt endlich eine Mehrheit für den Doppelnamen Mörfelden-Walldorf."
Dies sei zweifellos das Ergebnis des Kampfes der Mörfelder Bevölkerung für den Erhalt ihres traditionsreichen Stadtnamens. Sicherlich habe aber auch die bevorstehende Landtagswahl in Hessen die SPD-Fraktion zum Umdenken veranlaßt. Ihre Niederlage, die sie unter anderem in Gießen und Wetzlar hinnehmen mußte, habe sie offensichtlich nachdenklich gemacht.

★ ★ ★

Skrupellos und kleinkariert

Die Methoden des Bernhard Brehl

Beim Bürgermeister kommen jetzt ein paar Eigenarten zum Vorschein, die uns gar nicht gefallen. Es geht nicht um seine politische Meinung – er hat seine, wir haben unsere. Da gibt es politische Diskussionen und manchmal auch Schlagabtausch mit harten Bandagen – das ist normal. Was uns ärgert, sind seine Methoden.

So hat Bernhard Brehl offenbar noch den alten, falschen Standpunkt, daß kommunalpolitische Vorschläge halt nur von der SPD kommen können. Denn wenn andere einen vernünftigen Antrag bringen, dann werden solche Vorschläge oft unterlaufen, in dem man z.B. schnell Änderungsanträge fabrizieren läßt, oder, indem man Anträge eine Weile liegen läßt, um dann zu sagen: „. . . die Verwaltung hat das schon in Angriff genommen – Euer Antrag war überhaupt nicht nötig."

Deutlich sichtbar wurde diese „Brehl-Taktik" am Schluß der Stadtverordnetenversammlung am 20. September. Dort benutzte der Bürgermeister die „Mitteilungen des Magistrats", um polemisch und ungefährdet über die DKP herzuziehen. Wohlgemerkt, ungefährdet, denn zu solchen „Mitteilungen" ist keine Gegenrede möglich. Ergebnis: die Brehl-Meinung wird breit in der Presse ausgewalzt.

Von der DKP-Stellungnahme, am nächsten Tag bereits in den Zeitungsredaktionen, erscheinen nur ein paar mickrige Zeilen.

So sind wir, um der Wahrheit willen, gezwungen, im „blickpunkt" einiges richtig zu stellen.

1. *Der Bürgermeister berichtet u.a., daß neue Plakattafeln stehen und beschuldigt „Gruppen", sie würden sie für politische Zwecke entfremden.*

Dazu: „Wir sind froh, daß jetzt allmählich genügend Plakattafeln für Vereine und Organisationen in Mörfelden stehen. Es ist gut, daß im Stadtteil Walldorf in dieser Frage nachgezogen werden soll. Diese Maßnahme geht auf eine DKP-Forderung zurück.

Wir sind aber erstaunt, daß Bürgermeister Brehl daran eine gehässige Polemik knüpft. Auch wir haben festgestellt, daß oft verschiedene Organisationen (darunter auch die SPD) Meinungsplakate anbringen bzw. Veranstaltungen plakatieren, die nicht am Ort stattfinden. Dagegen dürfte im Prinzip nichts einzuwenden sein, wenn dadurch örtliche Vereinsarbeit nicht behindert wird und wenn solche Plakatierungen Ausdruck der Aktivität örtlicher Organisationen sind. Gerade Arbeiterorganisationen und Vereine können nicht nur den kostspieligen Städtereklame-Weg gehen. Der Artikel 5 des Grundgesetzes ‚jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern', muß Vorrang haben."

2. *Der Bürgermeister teilte mit, daß in Kürze Altglas-Sammelbehälter aufgestellt werden, und meinte, der DKP-Antrag hierzu sei überflüssig gewesen.*

Dazu: „Wir sind zufrieden, daß endlich der DKP-Antrag zur Aufstellung von Altglas-Containern durchgeführt werden soll. Unverständlich ist es uns, weshalb Bürgermeister Brehl erklärt, dieser Antrag wäre nicht notwendig gewesen, die Verwaltung hätte es bereits veranlaßt. Tatsache ist, dieser Antrag wurde schon einmal im Februar 1976 von der DKP-Fraktion gestellt. Damals kamen wir allerdings damit nicht durch. Deshalb stellten wir erneut diesen Antrag."

3. *Der Bürgermeister glaubt, er sei aus Mörfelden allein befugt gewesen, bei der Einweihung des Ärztehauses zu sprechen. Und im übrigen hätte die DKP keinerlei Leistungen zum Bau des Ärztehauses erbracht.*

Dazu: „Zu solchen Albernheiten und falschen Behauptungen brauchen wir nicht viel zu sagen. Die Mehrheit unserer Bevölkerung kann das besser einschätzen. Falsch ist die Brehl-Behauptung, wir hätten den Veranstalter der Ärztehaus-Einweihung nicht gefragt, ob unsere Begrüßungsrede einzuplanen geht. Solche und andere Behauptungen aufzustellen ohne sich vorher über den Wahrheitsgehalt zu informieren, weisen auf eine unzulängliche Arbeit des Bürgermeisters hin."

4. *Der Bürgermeister ärgert sich, daß wir seine „Verfügungsmittel" gekürzt haben wollen.*

Dazu: „Wir sind nicht prinzipiell gegen Verfügungsmittel, wir wollen nur eine Kürzung dieser Gelder von jährlich 12.000 DM auf 6.000 DM. Darüber muß man doch diskutieren können! Wir wissen, daß dies kein Zusatzgehalt des Bürgermeisters ist und haben es auch nicht so dargestellt. Wir wollen keine Einschränkung von Ausgaben für Gastgeschenke an Vereine, Jubilare und Goldene Hochzeiten, das ist selbstverständlich. Aber dafür könnte auch an anderer Stelle im Haushalt Geld eingesetzt werden. Wenn Bernhard Brehl droht, daß kein ‚noch so renommiertes Theater', das auf Einladung der DKP in Mörfelden gastiert, von ihm je noch eine ‚Begrüßungsmark' erhält, dann spricht das für sein kleinkariertes Denken."

Grundsätzlich meinen wir, die „Mitteilungen des Magistrats" dürfen nicht zur einseitigen Propaganda, bei der keine Gegenrede möglich ist, verwandt werden. Dies ist ein Mißbrauch des Kommunalparlaments. In den „Mitteilungen" muß lediglich sachlich über die Magistratsarbeit berichtet werden.

Wir weisen entschieden Methoden zurück, die darauf hinausgehen, die Anträge anderer Parteien skrupellos zu unterlaufen und zu verschleppen.

Solche Manipulationen dürfen nicht mehr vorkommen. Sie provozieren Gegenreaktionen und vergiften das kommunalpolitische Klima. Notwendig sind sachliche, politische Auseinandersetzungen und sachliche Zusammenarbeit zum Wohle der Bürger.

Der „blickpunkt" wird jetzt mehr als seither Bürgermeisterpraktiken unter die Lupe nehmen. Der Bürgermeister hat „Bürgermeister aller Bürger" zu sein. Da Brehl engagierter Sozialdemokrat war, ist für ihn natürlich ein Umdenken notwendig.

Wir werden auch künftig Fälle aufgreifen, wo ein von allen Bürgern bezahlter Amtsträger sein Amt und seinen Informationsvorsprung ausnutzt, um nur seiner Partei Vorteile zu verschaffen.

Die DKP-Fraktion betont ausdrücklich, daß sie zu allen Stadtverordneten und zum Bürgermeister ein möglichst vernünftiges Verhältnis haben will, ohne daß dabei politische Gegensätzlichkeiten unter den Tisch gekehrt werden.

Die DKP Mörfelden-Walldorf hat in der Vergangenheit gezeigt, daß sie konsequent und aufopferungsvoll die Interessen der arbeitenden Menschen vertritt. Sie wird sich dabei von Bernhard Brehl nicht hindern lassen.

Kerb in Mörfelden. 1977 leider ohne „Kerweborsch". Daß auf diesem Gebiet früher wesentlich mehr los war, zeigt die Aufnahme aus dem Jahr 1929. Die Kerweborsche „Gesellschaft Vergißmeinnicht" zogen mit einem selbstgebauten Zeppelin durch Mörfelden. Das Luftschiff, im Hintergrund zu sehen, hatte die stolze Länge von 13,50 Metern und erreichte 2 Meter Durchmesser.
Schön wäre, wenn es im nächsten Jahr wieder Kerweborsche gäbe, denn „Merfelle bleibt!" und die „Merfeller Kerb bleibt!", das ist klar.

„Friede den Hütten, Krieg den Palästen!"

schrieb Georg Büchner 1834 in seinem „Hessischen Landboten". Der in Goddelau am 17.10.1813 geborene Büchner wurde zum bedeutendsten revolutionären Schriftsteller seiner Zeit. Doch die Gemeinde Goddelau hat es bis heute noch nicht verstanden, ihrem großen Sohn eine würdige Gedenkstätte zu schaffen.
DKP-Kreisvorsitzender Rudi Hechler fordert deshalb seit zwei Jahren von der Gemeinde, vom Kreis Groß-Gerau und vom Land Hessen entsprechende Schritte, damit in Goddelau die dort bereits gesammelten Büchner-Erinnerungen ordentlich untergebracht werden können.
Zu seinem 164. Geburtstag veranstaltete der Demokratische Kulturbund eine Geburtstagsfeier, auf der u.a. der Mörfelder Schauspieler Erich Schaffner Büchner rezitierte.

Unser Bild zeigt das frischrenovierte Geburtshaus Georg Büchners in der Goddelauer Weidstraße. Die 83jährige energische Besitzerin hat das Haus jetzt ohne jegliche Unterstützung in Ordnung bringen lassen.

Am 11. September 1977, dem vierten Jahrestag des Putsches in Chile, demonstrierten in der Kreisstadt Groß-Gerau Mitglieder der Jungsozialisten, der Gewerkschaftsjugend, der VVN-Bund der Antifaschisten und der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend gemeinsam unter der Losung „Solidarität mit Chile". In der Abschlußkundgebung wurde betont, daß der Kampf für die Freiheit des chilenischen Volkes so lange weitergehe, bis die Regierung Pinochet zu Fall komme.
Aufs schärfste wurde auch die Ausbildung chilenischer Offiziere in der BRD durch die Bundeswehr verurteilt.

Verantwortlich für den Inhalt: Rudi Hechler, Mörfelden, Hochstr. 22; - Eigendruck